

beamte befürchtet, die Säuberung der Polizei vorgenommen. Da ist die offene Reaktion besser als die verschleierte, die wir mit bedenken. In solcher Stunde dürfen die Kräfte des Proletariats nicht durch das Zusammenwirken mit der ausgesprochenen Reaktion gebunden werden.

Man fragt und nun immer: Was willst du? Wir wollen Gewinnung der Kräfte, um dadurch unsern sozialdemokratischen Machtkampf in der Gesellschaft zu steigern und politische Erfolge einzufordern zu können. Wie glauben dadurch größere und bessere Erfolge für das Proletariat zu erzielen. Wir brauchen nicht nur Demokratie im Staate, wir brauchen sie vor allen Dingen in unserer eigenen Partei. Aus diesem Grunde bedauere ich auf das allerliebste die Verschläfe, die der Parteiausschuss gemacht hat, wodurch der Demokratie der schwärmende Schein zugesetzt wurde. Gibt uns fortwährend geistiges Wissen nicht darum, den besten Weg zu finden, um gemeinsam den Gegner bekämpfen zu können? Wir führen den Kampf natürlich weiter und rufen mit Don Carlos: Gott und Gewissensfreiheit! Doch wie heute genötigt sind, diesen Ruf in unsern eigenen Reihen erheben zu müssen, hätten wir zweifellos nicht gedacht. Daraum werden wir den Ruf nach die Gedanken und Meinungsfreiheit führen und allen hinen rufen, die uns hemmen wollen: Ihr heimt und, doch Ihr bringt und nicht! (Sturmicher, anhalten. Beifall.)

Die Debatte.

Genosse Dittmann erklärte, daß der Parteivorstand den Genossen Höhfelding gebeten habe, das Korreferat zu übernehmen. Soeben erfuhr er aber, daß Genosse Höhfelding nicht gekommen sei. Nun entstünde die Frage, wer an seiner Stelle das Korreferat übernehmen sollte. Er stimmte in sehr vielen Punkten mit der Referenten überein. (Aufschluss: Der Parteivorstand freut sich.) Es kann sich nicht darum handeln, daß der Parteivorstand als Korreferent auftritt, das kann nur eine einzelne Person. Er könne seinen Standpunkt nur in der Diskussion ausführen.

Genosse Höhfelding bat um Auftrag darauf, daß Genosse Dittmann als erster Deputierter das Wort erhalten sollte.

Genosse Seidel meinte, daß der Parteivorstand doch sehr viele Maßnahmen zu rechtfertigen habe, die den Parteigenossen unverhältnismäßig gewesen seien.

Genosse Schröder: Wenn heute Genosse Dittmann betone, daß er Begüter der großen Koalition sei, so müsse er sagen, daß die Parteigenossen in Bautzen bei dem Referenten Dittmanns davon nichts vernommen haben. Redner kommt, doch zuerst ein Redner der Koalitionsbehörde des Reichstages sprache.

Genosse Geiser bemerkte, daß Genosse Dittmann auf dem letzten Landesparteitag eine große Rede gehalten habe, in der er versuchte, uns zu überzeugen, eine Koalition mit den Bürgerlichen einzugehen. Deshalb könne er heute nicht einsehen, warum Dittmann nicht das gleiche tun wolle, wie damals.

Genosse Flechner möchte den Vorschlag, wenn sich ein Genosse aus der Reichstagsfraktion meldet, diesem eine längere Redezeit zu gewähren.

Der Antrag Schröder wurde einstimmig angenommen, zuerst die Landesversammlung sieht auf 5 Minuten verlost.

Das Korreferat.

Reichstagsabg. Genosse Ettinger, der sich bereiterklärt hatte, das Korreferat zu übernehmen, sprach zunächst sein Bedauern aus, daß er in einer solche Situation hineingerückt worden ist. Die Seite der Mehrheit der Reichstagsfraktion sei so gut, daß sie jeder berücksichtigen kann. Er sei der Ansicht, daß es nicht die Aufgabe des Parteitags sein kann, in den Wunden zu wählen, die der Arbeiterschaft geschlagen wurden. Die Verluste in den Meinungsverschiedenheiten sind nicht erst in den Ereignissen der letzten vier Wochen zu suchen. Das Recht liegt darin, daß die deutsche Arbeiterschaft zu dem Zeitpunkte, wo sie zu Macht gelangte, nicht eingesetzt war, sondern sich in diesem historischen Momente bis auf das Blut bekämpft. Wenn wir heute darüber fragen, daß wir eine monarchistische Reichswehr haben, so müssen wir untersuchen, wer davon schuld ist. Daraon sind wir alle schuld. Wir waren dabei, eine Volkswelt aufzuziehen. Redner erinnert an den Schlüssel, daß diejenigen, die sich zur Reichswehr meldeten, gebraucht werden sollten. Redner befürchtet sobald eingehend den Kriegskampf, die Aufgabe des positiven Widerstandes, die Regierungstaten der Regierung Cuno und ging dann auf den Eintritt in die Stresemann-Regierung über. Kein Mensch hätte sich eine Vorstellung davon gemacht, daß die wirtschaftliche Not und das Finanzengelnd so tief waren, wie wie es beim Eintritt in diese Regierung bestätigt fanden. Er habe nicht zu denen gehört, die eine Regierung Cuno wollten, sondern zu den 80 Menschen, die in der Fraktion den Standpunkt eintnahmen, daß die Partei die meiste Initiative zu entwinden habe. Es wäre aber leicht gewesen, wenn wie Sozialdemokratie allein die Verantwortung für alles das übernommen hätten, was die Regierung Cuno angerichtet hatte. Die Bürgerlichen hätten darauf nur gewartet, um dann zu einer Reichstagsauflösung zu schreiten und sagen zu können, daß die Sozialdemokratie am allem schuld ist. Wir sind in die Regierung eingegangen, weil wir in zahlreichen Ausschüssen mit den Bürgerlichen um die Rechte der Arbeiter kämpften.

Es müssen wir auch in der Regierung, dem wichtigsten Ausschlag, verfügen, Politik zu treiben. Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir das Experiment gemacht. Wenn es gescheitert ist, trägt daran die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit keine Schuld. Bei der Frage des Arbeiterschutzes handelte es sich damals gar nicht um den Arbeitsunruhen. Die Forderung der Unternehmer, die nicht wollten, daß wir in der Regierung mit vertreten sind. Sie rechneten damit, daß die Sozialdemokratie ablehnen werde und aus der Regierung austrete. Gänzlich falsch ist es, wenn gesagt wird, daß die 84 Abgeordneten bereit waren, den Arbeitsunruhen auszuwerfen. (Beifall.)

Die Gefahr einer Rechtsregierung ist noch nicht überwunden. Wollen wir die Aufgaben lösen, die dem Parteitag zugewiesen sind, müssen wir danach streben, und zu beschäftigen. Viele Genossen hängen leider allzu sehr noch an den Agitationsschleißköpfen der wilhelminischen Zeit, in der es sehr leicht war, über alles zu kritisieren. Die Revolution brachte uns aber eine Mehrheit, die kleine Kritik nicht mehr vertrug. Ein großer Teil unserer Anhänger hätte es nicht verstanden, wenn wir den Dingen ihren Lauf gelassen hätten und nicht praktisch mitgewirkt hätten. Viele Genossen halten die Politik für die Kunst des Unmöglichlichen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Parteigenossen leider viel zu wenig über die Motive des Handelns der Fraktion aufgeklärt werden können. Wir müssen danach streben, daß das Rundwerk vom Verstand und nicht der Verstand vom Rundwerk beherrscht wird. (Ausrufe.) Es war nicht notwendig, die Arbeiterschaft zu radikalisierten; die Radikalisation wurde durch die wirtschaftlichen Verhältnisse vorgenommen. Leider treibt man die Radikalierung so weit, daß sich die angehäuften Kräfte nicht gegen unseren Gegner, sondern gegen unsre Parteileitung entladen. Dadurch muß jedes Selbstverständnis gegenüber der Partei verloren gehen. Man muß es hier wiederlegen, wenn die Kritik dienst. Neben die Meinungsverschiedenheiten, die unter uns bestehen, muß eine Verständigung möglich sein. (Beifall.)

Genosse Großschäfer, Dresden, galt dem Genossen Kräpig Hochachtung, daß er den Mut gefunden hat, die Anfang der Koalitionsbehörde zu vertreten. Damit kommen wir aber nicht um das merkwürdige Schauspiel herum, daß Parteivorstandsmitglieder nicht sprechen wollen. Wir hätten und darauf gefreut, wenn uns über alles das, was uns der Parteivorstand unverständlich erscheint, hier Aufklärung gegeben worden wäre. Es scheint, als ob der Parteivorstand vorgezogen hat, den mündlichen Bericht mit uns abzubrechen, und nur noch brieflich mit uns verfechten will. Worum hat der Parteivorstand bis jetzt noch keinen Bericht eingezurufen? Da hätte er Gelegenheit gehabt, über alles Aufklärung zu geben.

Die revolutionäre Gymnastik nach rückwärts hat uns von einer Entäußerung nur andern geführt. Auch in unserer Wirtschaftspolitik zieht sich eine verlorene Stappe an die andere. Redner geht dann auf Wirtschaftsfragen

ein. Der Kapitalismus hat moralisch und wirtschaftlich bankrott gemacht. Dem Genossen Kräpig muß gesagt werden, daß es für uns gesünder wäre, wenn wir etwas mehr Agitationsspartei wären. Wir müssen den Bankrott des Kapitalismus mehr zur Agitation für unsere grundfähigen Ideen ausnutzen. (Beifall.)

Genosse Leipzig: Es war zweifellos ein mögliches Schauspiel, das uns vom Vertreter des Parteivorstandes geboten wurde. Dittmann hat früher auf dem zweiten Parteitag der U.S.S.R. mit Recht gefragt, die bürgerlichen Parteien lehnen jede Koalition mit Recht ab, in denen sie nur Anhänger einer Partei sind. Heute müssen wir jedoch sehen, daß wir das Anhänger der bürgerlichen Parteien sind. Koalitionen müssen von ihrem sozialen Inhalt aus gewertet werden. Wenn feststeht, daß die Klasseverschiebung zweifellos nicht zugunsten der Arbeiterschaft eingetragen ist, wenn weiter die Ausführungen Dittmanns auf dem Leipzig'schen Parteitag zu Recht bestehen, dann auch Genosse Dittmann heute unsre Entscheidung unterstützen. Die Koalition ist systematisch von der Schwierigkeitsseite herbeigeführt worden, die Macht der deutschen Arbeiterschaft niedergeschlagen. Wir müssen klipp und klar Koalitionen im Geschäftswinkel der heutigen Machthaltungen Stellung nehmen. Wie die Verhältnisse liegen, haben die Deutschen in Bremen gezeigt, in der wir eine außordentliche Schlage erlitten haben. Die Ursachen der Schlappe sind aber nicht in der breiten Deutschen Partei zu suchen, sondern sind die Folgen der Reichspolitik. Heute stehen wir vor einem Teilstimmenhaushalt und müssen mit der vollen Stimme rechnen, daß das gesamte besiegte Gebiet für Deutschland verloren ist. Das sind die Früchte der Politik, die wir mit verantwortet haben. Nach der Parteivorstand kann nicht langen, daß die politische Linie, die den der Opposition bereits seit Januar vorgezeichnet ist, sich als richtig erwiesen hat. Weil diese Linie richtig ist, kommt der Parteivorstand aus der Weisheit, daß die Opposition, eben darum, weil sie recht hatte, mit aller Gnädigkeit befreit werden muss. Es ist geradezu lächerlich, wenn man der Opposition das Rechenschaftsrecht unterbinden will. Genosse Dittmann ist den Beweis schuldig geblieben, daß eine organisierte Opposition vorhanden ist. Die ganze Kraft steht der Parteivorstand gegen das Mächtige der Opposition, das den Fundamenten der Partei ins Wanken bringt soll. Wir stehen heute an einem Wendepunkt der Parteipolitik Sachsen und haben dafür zu sorgen, daß die Geschwister den Forderungen der Parteigenossen entsprechen.

Redner bittet um Annahme der nachfolgenden

Entschließung zur Reichspolitik.

Die Entwicklung der politischen Verhältnisse hat im Laufe des letzten halben Jahres mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die kapitalistischen Parteien an die Mithilfe der Sozialdemokratie lediglich appellieren, um Teile des Proletariats ihrer Politik nutzbar zu machen und einen Anteil in die Arbeiterschaft hineinzutreiben. Ihnen treffendster Ausdruck fand diese Politik in der Reichsregierung gegen das proletarisch regierte Sachsen, die während der Teilnahme von Sozialdemokraten an der Reichsregierung beschlossen wurde. Dieser Anschlag gegen die Demokratie, die Beschneidung der sozialen Arbeiterrichten, die Annahme des Erneuerungsgesetzes, die Kapitalistische Lösung oder Nichtlösung der Finanz- und Reparationsfragen, alles das beweist, daß politische Zusammenarbeit zwischen Proletariat und Kapitalismus heute ein Ding der Unmöglichkeit ist. Das Scheitern der Regierungen der großen Koalition ist eine bittere Lehre für deren Anhänger. Die Bildung dieser Regierungen und ihre Wirksamkeit hat der demokratischen Entwicklung im Reiche und in den einzelnen Ländern den schlechtesten Dienst erwiesen und der Reichsdiktator im Reiche die Waffe gegeben.

Da die Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes diese Politik trotz allen Warnungen bis zu ihrem Zusammenbruch fortgesetzt hat, spricht ihr der Parteitag das Vertrauen ab.

Der 1. Absatz dieser Entschließung wurde später gegen 2 Stimmen, der 2. Absatz mit 79 gegen 21 Stimmen angenommen.

Genosse Flechner, Dresden, nimmt an, daß der Genossen Kräpig ebenfalls noch Klassekampf treiben will. Die ganze Kritik und Politik hat vollständig den alten Standpunkt der Partei verlassen, der im Erfurter Programm festgestellt war, den und Marx und Engels dargelegt haben und den Kautsky auch in seiner Broschüre Der Weg zur Macht vertritt. Es ist selbstverständlich, daß man das Parlament nach allen Kräften mit unsre Ameubeln müssen. Kräpig geht aber so weit, an sagen, daß die große Koalition zu spät gekommen ist. Man hätte sie sogar mit Cuno machen müssen. In allen entscheidenden Fragen wirtschaftlicher und politischer Art steht das Bürgertum verschlossen gegen die Arbeiterschaft. Heute haben wir keine Demokratie mehr, denn von der Reichsverfassung ist nicht viel mehr übrig, als der Artikel 48, durch den alles aufgehoben wird. Redner verurteilte dann scharf die von Cuno unterschriebene Verordnung, nach der die sozialistische Regierung abgesetzt wurde. (Beifall.) Im Parteivorstand und der Reichstagsfraktion wird es wohl allgemeines Röppschützen erregen, daß Genosse Dittmann abschlägt, gegen das Referat Sender zu votümieren. (Beifall.)

Genosse Böckel, Chemnitz: Die Genossen Sollmann, Nadruck und Schmidt mögen zu den Dingen gestanden haben, wie sie wollen, aber davon können sie nichts verwirken, daß in ihrer Zeit Sachsen mit Bajonetten vergewaltigt wurde. Wenn beschlossen würde, von morgen an wird der Arbeiterschaft das Wahlrecht genommen, und unsre Minister bleiben im Kabinett sitzen, dann nimmt niemand die Verantwortung ab. Unsre Minister mühten sofort mit dem Rücktritt antworten. Wenn im Parteiausschuss gesagt wird, daß

Bestehen eines besonderen Organs

mit bestimmten parteipolitischen Tendenzen ist unvereinbar mit dem Gesamtinteresse der Partei, so muß gesagt werden, seit wann die Sozialdemokratische Partei an den Methoden der fahrlässigen Herrschaft herabgelungen ist. Hierbei muss daran erinnert werden, daß früher die Sozialistischen Monarchisten oft mal eine Tendenz vertraten, die sehr oft über den Rahmen des Parteiprogramms hinausgingen ist. Die Sozialistischen Monarchisten, die mit der bestimmten Kritik begründet wurden, ein Sprechorgan gegen das wissenschaftliche Organ der Partei, gegen die neue Zeit, zu bilden, hat man sehr stark toleriert. Kein Mensch in der Partei ist dem entgegengetreten. Der Genossen Klemm drückte domäns aus, wenn der Versuch unternommen würde, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, dann wäre der kein rechter Sozialdemokrat, der sich dem folgen würde. Wenn aber weiter der Vertreter des Bezirks Würtemberg im Parteiausschuss erklärte, daß es eine geschichtliche Notwendigkeit sei, daß die Partei in zwei Teile zerfällt, in einen Teil, der seine Kräfte auf verschiedenen Situationen schöpft, so muß diese geschichtliche Tendenz mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Hier hat die Arbeiterschaft ein gewichtiges Wort mitzureden. (Beifall.)

Genosse Geyer, Leipzig, befürchtete, daß vom Parteivorstand des Referenten nicht ersichtlich ist, um die Gründe, die die Mehrheit der Fraktion des Parteivorstandes immer bewegen haben, die Entscheidungen in der Reichspolitik herbeizuführen, die jetzt so außerordentlich belästigt werden, darzulegen. In der Sozialdemokratie feien aus dem Kriege Tendenzen vorhanden, die zu einer absolut festen Auffassung bei einem Teile der Genossen geworden sind. Man muß es deshalb verstehen, daß das nicht eine die Arbeiterschaft abschreckende Politik ist, sondern eine Auffassung, die aus der angegebenen Welle entspringt und keiner auf der Erfahrung, daß die deutsche Arbeiterschaft dem Vermächtnis der Nation nicht die genügende Kraft entgegenstellen kann. Allerdings ist, wenn man die Politik der Fraktion beobachtet, wiedergewonnen, daß das Zusammensetzen der Führer zur Arbeiterschaft sehr gering geworden ist.

Man traut der Arbeiterschaft nicht die Macht zu, mit der Gesellschaft fertig zu werden. Auf den Kluftkampf zu kredenommend, erklärt der Redner, daß Frankreich gegenwärtig die letzte imperialistische Macht ist, demgegenüber Deutschland ein besiegt, schwades, in sich zerstörtes Land darstellt. Zum Schlus sei Redner die Beschlüsse des Parteiausschusses zurück. Eine solche Unterbindung der Meinungsfreiheit können wir uns nicht gefallen lassen. (Beifall.)

Genosse Thiel, Leipzig: Im Parteiausschuss braucht man nicht nur Spaltung und Zellenbildung, sondern auch darum, daß viele Genossen mit einem Fuß in der Kommunistischen Partei ständen. Man will nicht dulden, daß andere Meinungen austauschen. Würde die Opposition sich breite schieden lassen, dann würde die Partei ein lebloses Körper werden. (Beifall.)

Genosse Schröder, Bautzen: Es ist nicht unsre Schuld, wenn wir gesungen sind, an den Tatsachen, daß Werk die Vereinigung unterschrieben, daß die Reichstagsfraktion dem Gemäßigtungspunkt zugestimmt hat. Politik über zu müssen; denn wir können diese Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Reichstagsfraktion und Parteivorstand sind mit verantwortlich für die Verhängung des Ausnahmegesetzes, für das Vorhaben des Reiches gegen Sachsen, für die gewaltsame Abreise des ländlichen Teiles der Einwohner des Reiches gegen Sachsen und anderes mehr. Die Genossen der Fraktion und des Parteivorstandes tragen für die Dinge die Verantwortung, ob sie zugestimmt haben oder nicht. Redner macht dem Parteivorstand den Vorwurf, daß er bisher nichts anderes als eine leere Agitationspolitik getrieben habe. Einmal habe er gesagt, das andremal soll gerufen. Die Tatsache des immensen Auslands ist ein Einstieg unter Schwäche. Wir haben ein Gesetz verloren. Ein verlorenes Gesetz ist noch kein verloreneter Krieg. Die Opposition denkt nicht daran, die Partei zu verschonen. Gerade der Bautzener Beifall hat bewiesen, daß er trotz allen Schwierigkeiten, trotz der großen Arbeitslosigkeit, im letzten Quartal seine Mitgliederzahl wesentlich steigern konnte. Wie werden den Kampf in der Partei durchführen, daß die Gewerkschaft eine gesunde soziale Linie einschlägt. (Beifall.)

Genosse Molkenbuhr bemerkte, daß er seit längerer Zeit keine beratige Sitzung von Bautzen über sich ergehen lassen möchte, wie heute. Derartige Sitzungen gegen Fraktion und Parteivorstand erschallen nicht zum erstenmal. Redner befürchtet, daß beratige Sitzungen in der Partei vorhanden sind, und bestätigt, daß dadurch die Macht des Proletariats geschwächt wird. Solche Oppositioenwillen sind bisher immer schnell wieder verschwunden.

Genosse Herrmann, Roßlau, bemerkte, daß sich die bislangige Diskussion eigentlich sehr wenig an das Referat der Genossen Sender geholt habe. Als er die Ausführungen der Mehrheit gesagt habe, sei in ihm die Erinnerung an die schönen Agitationsszenen von früher wachgerufen worden. Die Ausführungen des Referenten blieben aus in den Worten „Zurück zur Agitationspolitik“. Die Seiten von damals und heute sind grundverschieden. Gerade nach der Revolution haben wir es oft bitter empfunden, daß wie in der Vorkriegszeit allzuviel auf Agitation eingestellt waren. Nur Agitationspolitik treiben und keine praktische Arbeit leisten, lehne er ab. (Ausruf der Genossen Sender: Wir auch.) Redner macht der Opposition den Vorwurf, daß sie durch die Art und Weise mit zur Zerrüttung in der Partei beigetragen habe.

Genosse Schilling, Döbeln, meinte, daß es sich die Genossen Sender sehr leicht gemacht habe, als Ausgangspunkt ihrer Betrachtungen den Nathanau-Wort zu wählen. Der Zeitpunkt des Auges unserer Zeit liegt zurück bis 1918, als wir das wahre Staatschiff übernahmen. In dieser Zeit haben wir uns in einem Widerstand versteckt, anstatt uns über die gemeinsamen Aufgaben, die zu lösen waren, einzutun zu werden. (Die Rednerin wird durch lebhafte Auseinandersetzungen unterbrochen.)

Genosse Dittmann sah, daß die Politik der Gegenwart eine Fortsetzung der Politik der Vergangenheit ist. Wollen wir als Mitglieder der U.S.S.R. zur Politik der Vergangenheit im einzelnen Nein sagen, so müßt man vorsichtig bis zur Politik vor der Vereinigung zurückgriften. Als Vorsitzender der U.S.S.R. habe er nicht die Vereinigung empfohlen, um dann über die Genossen herzusagen, mit denen er sich geeinigt habe. Redner wollte er gemeinsam mit der Mehrheit einen Schritt gehen, wenn wir die Sinzigkeit und Geschlossenheit aufrechterhalten werden. Bereits 1918 als Volksaufstand erhebt er aufgefordert, daß der historische Zeitpunkt zur Wiedervereinigung gekommen sei. Ein großer Teil Schillings lag daran, daß es damals nicht zur Vereinigung kam. Vom Standpunkt einer Parteiteilung wäre es verantwortungslos gehandelt, auf den Zustand der Kampfunsicherheit des Proletariats nicht die genügende Rücksicht zu nehmen. Wir stehen in einer zielstrengen Bewegung. Die Realität ist erstarkt, das Proletariat geschwächt. In einer solchen Zeit kann man nicht fortgesetzt handeln. Die Massen zu radikalisieren ist vielleicht kein Kunststück. Aufgabe eines Führers ist es, den Massen klar und nüchtern zu sagen, was ist. Man kann nicht in ihrer Illusion erwidern, daß sie von Grund aus die Dinge ändern könnten. Wir müssen zwischen wirtschaftlicher Proletarität und wirtschaftlicher Krise unterscheiden.

Genosse Victor, Bautzen, polemisierte gegen den Parteivorstand, der gleichzeitig machen wollte, daß die Reichswehr angeblich gegen Bayern noch Sachsen geschickt worden sei. Des Weiteren forderte er baldigst ein Programm und ein Organisationsamt der Partei. Die Sozialdemokratische Partei darf nicht nur den Namen nach, sondern auch durch die Tat die Demokratie auf den Stand erheben.

Schluswort Sender.

Genosse Sender sah im Schlusshörer: Sie müßt gelieben, daß sie seit langer Zeit so erstaunt gewesen sei, daß nach ihrem Referat erfahren zu müssen, daß der Genosse Dittmann mit ihr einen Meinung sei. Wie schwer man es dem Genossen recht machen könnte, zeigte der Vorwurf der Genossen Schilling, daß sie mit der Geschichtsschreibung nicht früher begonnen habe, während Genossen Kräpig und Dittmann monierten, daß man nicht im Vergangenheitsmaßstab herangehen solle. Nicht die Opposition war es, die die großen Versprechungen gemacht hat, sondern Genossen von der Mehrheit, die das Kolossal Stresemann als das Kabinett der Erfüllung der Sozialrechte bezeichneten. Auch in der Opposition kann man sehr politische Arbeit leisten. Wir haben praktisch bewiesen, daß unsre Arbeit in den wichtigsten Ausschüssen positive Politik war. Agitationspolitik, verbunden mit positiver und realer Arbeit, das muß die Aufgabe der Sozialdemokratie sein. Redner begrüßt die Verständigung, würde es aber noch mehr begrüßen, wenn man auch dort, wo man in der Mehrheit ist, einen verbindlichen Ton anschlage. Es ist unsere Pflicht, auf beiden Seiten offen zu reden. Rägt man mit den sozialen Gedanken befreit, dann werden wir einen gemeinsamen Weg finden. Aber dann darf man nicht so vorgehen, wie es im Parteiausschuss geschehen ist. Deshalb hätte die Gewerkschaft Dittmann die Gründe dargelegt hätte, die an dem Kluftkampf geführt haben. Wollen wir eine starke Anziehungskraft ausüben, dann brauchen wir einen frischen, energischen, revolutionären Kampf, der uns allein die Geister aufheben kann, die wir im Kluftkampf benötigen. Wir sind die Masse,